

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, gerne hätten wir als LINKE noch verschiedene Änderungsvorschläge einbringen wollen. Der krankheitsbedingte Ausfall unseres Ausschussmitglieds hat dies leider verhindert.

Neben der Sicherung eines hohen Anteils der baulichen Nutzung auf den durch die Flächennutzungspläne gesicherten Flächen bedarf es auch der Sicherstellung der Ausgewogenheit gegenüber den Eingriffen in den vorhandenen Freiraum. Durch Nutzung stadtplanerischer Gestaltungsmöglichkeiten, die stärkere Abwägung Kompensationsmaßnahmen so ortsnah wie möglich umzusetzen, erfolgt neben dem Schutz der klimatischen Funktionen der Freiraumflächen auch die Schaffung eines Ausgleichs für die Inanspruchnahme der Freiraumflächen. Lebens- und Aufenthaltsqualität kann damit auf der Quartiersebene stärker Rechnung getragen werden.

Bei der Entwicklung von Bauflächen und Baugebieten ergeben sich im Rahmen der Bauleitplanungen stets Eingriffe und Änderungsbedarfe an der Infrastruktur. Erst durch die Einbeziehung der Kosten für die Schaffung bzw. Änderung der technischen und der sozialen Infrastruktur sowie der sich daraus ergebenden Nachfolgekosten ist ein Vergleich zwischen einzelnen Flächenalternativen möglich. Dies kann zur

Reduzierung der Inanspruchnahme von neuen Flächen im Freiraum und zur Kostenreduzierung beitragen. Mögliche zu Grunde zu legende Berechnungsmodelle hierzu sind bereits bundesweit entwickelt worden und stehen den Kommunen als Berechnungswerkzeuge zur Verfügung. Im Rahmen der Umsetzung des Handlungsprogramms könnten rührgebietsweit einheitliche ggf. modifizierte Standards hierfür diskutiert, entwickelt und durch die Räte beschlossen werden.

Im Fachdialog Wasser haben die Beteiligten den im Ziel dargestellten Inhalt diskutiert und für notwendig erachtet. Sie sollten auch weiterhin als Ziel Bestand haben. Die Anregung, das bestehende Ziel in einen Grundsatz umzuwandeln, würde die Verbindlichkeit der Abwägung zwischen Hochwasserschutz und weiterer Bebauung im Rahmen der weiteren Entwicklungsplanungen mindern.

Gelsenkirchen, den 14. Februar 2019

Martin Gatzemeier

DIE LINKE. im Rat Gelsenkirchen

Es gilt das gesprochene Wort.